

A n t r a g  
des  
WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-AUSSCHUSSES

über den Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, DI Eigner, Hinterholzer, Kasser, Moser und Schuster betreffend Maßnahmen zur Erhaltung des Bargeldes und zur Verhinderung von Barzahlungslimits in Österreich – Recht auf Wahlfreiheit bei Zahlungsvorgängen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung entschieden sowohl gegen die Abschaffung des Bargeldes, als auch gegen die Limitierung von Barzahlungen in Österreich auszusprechen und für die Verankerung des Rechtes auf Wahlfreiheit bei Zahlungsvorgängen in der Verfassung zu plädieren, sowie an die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament mit der Forderung heranzutreten, sich im Sinne der Antragsbegründung gegen derartige Bargeld betreffende Abschaffungs- und Limitierungstendenzen einzusetzen.“

KASSER  
Berichterstatter

HINTERHOLZER  
Obfrau